



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

P/VIII/116

Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

20. Mai 1953

Hinweise
auf den Inhalt:

Pfingstbetrachtung von Pastor Heinrich Albertz	S. 1
Der Stand der Wahlrechtsdebatte	S. 4
Zum Bruch Kairos - London	S. 6
Papst Pius an die deutschen Bischöfe	S. 8

Christentum - Name und Wirklichkeit

Eine Pfingst-Betrachtung von Pastor Heinrich Albertz, Hannover

Wer Pfingsten 1953 für eine politische Tageszeitung der Bundesrepublik einen Leitartikel schreiben soll, hat es nicht leicht, zumal wenn er auf den eigentlichen Ausgangspunkt dieses Festes, also auf das Pfingsten der christlichen Kirche, zurückgehen will, und sich nicht mit allgemeinen Erörterungen über die Herkunft des Geistes, von dem niemand weiß, woher er kommt und wohin er geht, begnügen will. Ist noch irgendeine Wirkung von jener seltsamen Überwältigung einiger furchtsamer, keineswegs gebildeter und sich selbst sicher nicht begreifender Männer zu verspüren, die damals vor 2000 Jahren im römisch besetzten Jerusalem die Kraft des Heiligen Geistes erfuhren? Oder dieselbe Frage anders gestellt: Ist noch etwas von dem eigentlichen Auftrag, dem Ursprung jener frühesten Tage des Christentums und der christlichen Kirche in unserem Volk und Land, in dem vielberedeten Abendland fühlbar?

Vielleicht erweckt die bloße Frage schon Entrüstung. Wir haben in Europa, in der neuen Welt, und im wachsenden Maße auch im asiatischen Raum christliche Kirchen; sie sind ein Faktum nicht nur der religiösen Auseinandersetzung im engeren Sinne, sondern sie sind für Europa und für die neue Welt ohne Zweifel auch heute noch Muttergrund fast aller geistigen, wirtschaftlichen und politischen Bewegung. Und selbst der moderne Atheismus ist nur zu verstehen aus dem Widerspruch zu jenem Faktum, das nicht wegdiskutiert werden kann, und das an jenem ersten Pfingstmorgen in Palästina seinen Anfang für den erstaunlichsten Weg einer religiösen Bewegung in der Geschichte der Menschheit genommen hat.

Aber diese Feststellung trifft ja nur den Vordergrund. Wie alle anderen Werte erhebt sich auch vor der christlichen Welt die Frage nach der Glaubwürdigkeit und Wahrhaftigkeit, nach ihrer geistigen und geistlichen Realität, nach ihrem wirklichen Gewicht im Herzen und im Verstand des einzelnen und in den Bindungen der Gemeinschaft.

Doch ich glaube, wir können Pfingsten 1953 gerade in der geistigen, wirtschaftlichen und politischen Auseinandersetzung unseres Volkes gar nicht ernst genug darauf aufmerksam machen, wie wenig sich heute Namen und Wirklichkeit decken, wie schrecklich der Name des Christentums für politische, wirtschaftliche, ja einfach geschäftliche Zwecke mißbraucht wurde, und wie unter uns allen die furchtbare Gefahr besteht, daß wir nach außen behaupten, ein Gut verteidigen zu müssen, dessen wir selber kaum noch teilhaftig sind.

Die Probe - bei kleinen und bei großen Dingen

Wenn man die Festreden gewisser Politiker und Wirtschaftler zu allen nur denkbaren Anlässen hört, und dann bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit - fast im Sinne eines Kreuzzuges - den Aufruf zur Erhaltung und Verteidigung eben dieses "christlichen Abendlandes" vernimmt, wird doch jeder, wenn er nicht völlig oberflächlich ist, in den letzten Jahren immer nachdenklicher geworden sein.

Man kann mit kleinen Dingen beginnen: Am Himmelfahrtstage ereignete sich in einer deutschen Großstadt, deren Bevölkerung zu 90 Prozent sicher einer der christlichen Kirchen angehört, ein aus Alkohol, mangelnder Erziehung, Sexualität und ungebändigter Kraft zusammengesetzter Krawall von mehreren Stunden, von mehreren tausend Menschen, dessen weder die Polizei, noch das gute Zureden, noch irgendein anderes Mittel als schließlich die Müdigkeit der Betrunkenen selbst Herr werden konnte. Man kann das humoristisch nehmen. Der Schreiber dieser Zeilen ist ein geschworener Feind des tierischen Ernstes. Aber wie dünn ist die Decke aller Ordnungen und Bindungen, in denen wir stehen, und wie viel näher lebt der moderne Mensch neben der Bestialität als neben der sauberen, klaren und hellen Luft des Pfingstmorgens, der der Geburtstag der christlichen Kirche in dieser Welt war.

Man kann dann bei den großen Dingen enden, daß heute schon wieder, als sei nichts geschehen, mit denselben Mitteln, die wir gerade hinter uns haben, mit denselben Begründungen, die sich gerade als furchtbarer Trugschluß erwiesen haben, ja, weithin auch mit denselben Männern, die an dem Unglück unseres Volkes nicht ganz unschuldig sind, in einer schrecklichen Verzerrung der großen Namen von Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde, die "Politik der Stärke" betrieben wird, die sich dann bei näherem Zusehen als nichts weiter darstellt, als die trügerische Hoffnung von zwölf, fremden Befehlen unterstehenden Divisionen, die in der eigentlichen letzten Auseinandersetzung der Kräfte der Großen in dieser Welt und unter den immer eindringlicheren Versuchen mit Atom- und Wasserstoffbomben den Eindruck von Spielzeugsoldaten in einem Sandkasten machen. Wie dünn ist auch hier die Decke zwischen der nüchternen Wahrheit und den schönen Reden derer geworden, die mit der Lüge ein Geschäft zu machen versuchen.

Das gefährlichste Wort, das aber in dieser Auseinandersetzung, die ja doch, wenn sie überhaupt einen Sinn haben soll, eine geistige, eine an letzte Bindungen rührende sein muß, gesprochen worden ist auf den Kongreß einer Partei, die nun auch das Kreuz in ihrem Abzeichen führt, ist das Wort von der "Sternstunde der deutschen Politik"

gewesen, das der Herr Bundeskanzler für sich in Anspruch nahm. Man kann es ironisieren und dem, der es ausgesprochen hat, die Lektüre von Stephan Zweig empfehlen, die unter dem denkwürdigen Titel "Sternstunden der Menschheit" ja gerade das eine so vollkommen deutlich macht, daß die, die in Sternstunden standen, selber nie etwas davon geahnt haben. Man kann und muß, meine ich aber, darüber hinaus auch hier auf die lebensgefährliche Selbstgefälligkeit hinweisen, mit der in den fragwürdigsten politischen Entscheidungen letzten Endes ja doch auf den heiligen Namen Gottes angespielt wird.

Das Gebot: Selber wahrhaftig bleiben

Pfingsten war jedenfalls von etwas anderem die Rede. In dem alten ehrwürdigen Bericht im 2. Kapitel der Apostelgeschichte steht der lapidare Satz: "Wir hören sie mit unseren Zungen die großen Taten Gottes reden". Wie furchtbar muß die Verirrung und die Perversion des Geistes sein, in dem die kleinen Taten sehr kleiner Menschen durch diese selbst zu den Sternen erhoben und damit genau an die Stelle gebracht werden, wo im Neuen Testament die Pharisäer und Schriftgelehrten standen.

Ich schreibe dies zu Pfingsten 1953, um zu meinem Teil zu verhindern, daß etwa an diesem schönen und wichtigen Fest uns - ähnlich wie Weihnachten 1952 die Weihnachtsgeschichte - nun die Pfingstgeschichte als Propaganda für die christliche Verteidigungspolitik des Herrn Bundeskanzlers Dr. Konrad Adenauer angeboten wird.

Man muß in Deutschland auf alles gefaßt sein. Ich schreibe es darüber hinaus, weil sicher alle ernst- und gutgesonnenen Menschen in Deutschland und in der Welt ein immer stärkeres Gefühl dafür bekommen, daß wir dem Stern des Unheils, dem Antigeist, dem Bösen, der Gewalt, oder wie immer wir das Schreckliche nennen wollen, das aus dem östlichen Bolschewismus auf uns zukommt, nur begegnen können, wenn wir selber wahrhaftig bleiben in Deutschland, in den Vereinigten Staaten, vor den unterdrückten Farbigen in der Südafrikanischen Union, ebenso wie vor den zwielichtigen Vorgängen in Indochina und auf Formosa. Die freie Welt wird nur frei bleiben und wird ihre Freiheit verteidigen können im letzten und tiefsten Sinne des Wortes "Verteidigung", wenn sie die schwüle Atmosphäre frommer Worte und halber Wahrheiten vertauscht mit der Ausgangssituation jener Männer auf dem Marktplatz von Jerusalem. Welche Aufgabe für uns alle, die wir "Sternstunden der Menschheit" nicht am Kalender ablesen zu können glauben, daß wir aber wissen, daß auch die Welt, auf der wir leben, ein Stern ist, der in der Hand eines Größeren ruht, als wir selbst es sind.

+ + +

Wahlbetrug droht noch immer

Von Willy Brandt, MdB

Vor einigen Wochen war dem Wahlrechtsausschuß des Bundestages für eine seiner ersten Sitzungen der Tagungsraum der sozialdemokratischen Fraktion zugewiesen worden. Die Vertreter der CDU erreichten, daß dem Ausschuß ein anderes Zimmer zugewiesen wurde: Sie fühlten sich durch die Plakate herausgefordert, deren Überschrift lautete: "Wahlbetrug droht".

Die Plakate sind hängen geblieben, und zwar aus guten Gründen; denn der Wahlbetrug droht noch immer. Der ursprüngliche Regierungsentwurf mit der berüchtigten "Hilfsstimme" ist in der Versenkung verschwunden. Die Vorschläge des CDU-Abgeordneten Scharnberg, an deren Zustandekommen das Innenministerium eifrig mitgewirkt hat, und die am Montag mit "einstimmiger" Mehrheit vom Ausschuß beschlossen worden sind, enthalten jedoch weiterhin alle entscheidenden Merkmale des politischen Wahlbetrugs.

Bestehen bleibt die Tatsache, daß Adenauer und seine Gefolgsleute nicht den Mut haben, sich unter den gleichen Bedingungen zur Wahl zu stellen, unter denen sie 1949 ans Ruder gekommen sind. Bestehen bleibt die Tatsache, daß man alle Parteien und Gruppen rechts von der Sozialdemokratie in einem Block zusammenfassen und im neuen Bundestag zur Erhaltung der gegenwärtigen Bonner Koalition einsetzen möchte. Aus der Hilfsstimme ist lediglich eine "Zweitstimme" geworden.

Falls es bei dieser Fassung bliebe, würde die Hälfte der Abgeordneten in den Wahlkreisen mit absoluter Mehrheit zu ermitteln sein. Dabei hofft man, die Sozialdemokraten bei den in den meisten Fällen erforderlich werdenden Stichwahlen ausschalten zu können. Die Zweitstimme soll - losgelöst von der Erststimme - der Wahl von weiteren 242 Abgeordneten nach Bundeslisten dienen. Hierbei, aber eben nur für die Hälfte der Mandate, soll dem tatsächlichen Stimmanteil der verschiedenen Parteien Rechnung getragen werden. Allerdings mit einer bemerkenswerten Ergänzung, die aus dem Regierungsentwurf übernommen wurde: Die Parteien rechts von der Sozialdemokratie wollen durch Listenverbindungen ihre Mandate so errechnet wissen, als ob sie nur eine Partei wären

und die kleineren Parteien sollen durch einen "inneren Proporz" dafür entschädigt werden, daß sie in den Einzelwahlkreisen als Blutspender für die CDU/CSU aufgetreten sind.

Den Befürwortern des Scharnberg-Entwurfs ist allerdings eine Panne passiert. Weil der Fraktionsführer der Bayernpartei "gerade mal draußen" war, wurde der Passus über die Listenverbindungen und über den inneren Proporz bei Stimmgleichheit abgelehnt. Andererseits lag die eigentliche Überraschung der Montagsentscheidung darin, daß der Vertreter der Bayernpartei mit seiner für die Föderalistische Union abgegebenen Stimme den Ausschlag zugunsten des Scharnberg-Entwurfs herbeiführte.

Eine gewisse Wendung ergab sich bei der erneuten Beratung der Berliner Frage. Die Ausschlußmehrheit hat eine Formulierung beschlossen, die die Einbeziehung des Landes Berlin in das Bundeswahlgesetz leider nur in verwässelter Form vorsieht. Dabei hat allerdings der Vorsitzende der Berliner CDU die Erklärung abgegeben, daß in Berlin direkte Wahlen stattfinden würden, falls die Alliierten das nicht unmöglich machten. Durch diese Erklärung ist zumindest an dieser Stelle der Widerstand gegen eine wichtige Forderung der SPD aufgegeben worden.

Die technischen Bestimmungen des Wahlgesetzes sind vom Ausschuß in zweiter Lesung und damit abschließend beraten worden. Über das Wahlssystem wird am 2. Juni erneut verhandelt werden. Dann steht noch die Beschlußfassung durch den Bundestag selbst an. Die Vorentscheidung dieser Woche kann also noch korrigiert werden. Beschämend bleibt der vorliegende Sachverhalt auf jeden Fall. Es ist eine schlechte und der Demokratie abträgliche Sache, daß über das Wahlgesetz in letzter Minute mit knapper Mehrheit und womöglich im Sinne simplen Machtbehauptung entschieden werden soll.

+ + +

Ein fast unlösbarer Konflikt

- 1 - Kairo, Mitte Mai

Die kriegerische Sprache, die Kairo seit dem Abbruch der britisch-Ägyptischen Verhandlungen über die Räumung der Suez-Kanalzone führt, erinnert die Welt recht nachdrücklich daran, daß es neben der Ost-West-Spannung noch andere Konfliktherde in der Welt gibt, ebenso geladen mit explosiven Möglichkeiten und Gefahren. Der ägyptische Diktator Nagib droht Großbritannien unverhüllt mit Krieg, der Konflikt scheint unlösbar zu sein. Eine siegreiche nationalistische Revolution neigt nicht zu Kompromissen; vom mächtigen Strom aufgewühlter Leidenschaften getragen gibt es auch für die besonneneren Führer kaum ein Zurückweichen.

Großbritannien beruft sich darauf, daß es eine Weltmission zu erfüllen habe, die mit der Aufgabe des Suez-Kanals ernstlich in Frage gestellt wäre. Was bliebe denn noch vom Commonwealth übrig, wenn die Hauptverkehrswasserstraße der Welt seiner Kontrolle entglitte? Im Kriegsfall hingen die Verbindungen von und nach Asien und Australien gewissermaßen in der Luft. Einen Vorgeschmack dessen, was auch nur eine Bedrohung des Suezkanals bedeutet, erhielten die Briten im zweiten Weltkrieg, als sie durch Rommels nordafrikanischen Feldzug gezwungen waren, Verstärkungen von Truppen und Material auf dem kostspieligen Umweg über Südafrika an die Front herinzuführen.

Die britische Haltung zu Ägypten wird jedoch nicht allein von militärischen Erwägungen bestimmt. Die bedingungslose Kapitulation, auf der Kairo besteht, würde dem britischen Prestige in Mittelost, in der ganzen arabischen Welt einen nunmehr tödlichen Schlag versetzen. Der kampflöse Rückzug aus Persien enthüllte die Schwäche der Position Großbritanniens in diesem Teil der Welt; die Demütigung, die es durch Mossadeq erlitt, tat dem britischen Ansehen großen Abbruch. Der Nationalismus und das Streben nach nationaler Unabhängigkeit, einer der stärksten Triebkräfte in den ehemals von Weißen oder noch von ihnen beherrschten Gebieten, erhielten neuen Auftrieb.

Großbritannien hat etwa 80000 Soldaten in der Suez-Kanalzone stationiert und vermehrt sie jetzt ständig. Von Anfang an erklärte

es sich, wenn auch zögernd, bereit, unter entsprechenden Garantien die Truppen bis auf die zur Bedienung der Anlagen notwendigen Techniker herabzusetzen, die dann unter gemeinsamer britisch-ägyptischer Verwaltung stehen sollten. Allein dieses Angebot verletzte den ägyptischen Stolz. Kairo zeigt sich hart und kompromislos. Es will die Souveränität über die Kanalzone uneingeschränkt ausüben und es traut sich auch die Kraft zu, sie im Kriegsfall allein zu schützen. Es bestreitet den Anspruch Großbritanniens, Sprecher der gesamten westlichen Welt und ihrer militärischen Notwendigkeiten zu sein. Dahinter stecke der britische Imperialismus, ein Schlagwort, das seine verführerische Wirkung auch heute noch nicht verloren hat.

Der amerikanische Außenminister Dulles hielt sich auf seiner asiatischen Besuchstour nur zwei Tage in Ägypten auf. Die Unterredung mit dem ägyptischen Diktator Nagib soll "herzlich verlaufen" sein, aber auch Dulles fand nicht die Zauberformel, die den ägyptischen Unabhängigkeitsdrang mit dem Boharrungsvermögen der britischen Weltmacht verbindet. Auf seiner ersten europäischen Blitztour konnte es sich Dulles erlauben, gelegentlich recht unverblümt mit seinen europäischen Alliierten umzugehen; diese Rolle eines Befehlserteilers bleibt ihm in Mittelost und den anschließenden asiatischen Ländern versagt. Er hat es hier mit jungen Staaten und selbstbewußten Führern zu tun, die sich nicht als verlängerter Arm Washingtons betrachten, wobei sie, was die arabischen Länder betrifft, in den Oelquellen ein fast unermeßliches Pfand besitzen. Das legt dem amerikanischen Druck enge Grenzen auf.

Der Mittelost-Pakt als Mahziel der USA-Politik, gedacht als weit ausreichender Arm der atlantischen Verteidigung, scheint unter den politischen und psychologischen Verhältnissen in diesem strategisch so bedeutenden Gebiet der Erde noch unerfüllbar zu sein. Vorläufig ist die Suez-Kanalzone eine belagerte britische Bastion, um die sich, sollte Nagib seine Drohung verwirklichen, bald ein stählerner Ring der ägyptischen Armee legen wird.

+ + +

Kulturkampf-Anftakt ?

(sp) Papst Pius XII. hat sich in einem Schreiben an die deutschen Bischöfe gewandt, von dem bisher nur Auszüge bekanntgeworden sind. Die Botschaft ist in dem traditionell würdigen, ernsten Ton solcher Mitteilungen der höchsten Autorität der katholischen Kirche gehalten. Verschiedene Themen werden angesprochen. So ist - etwas unklar - von Sonderwünschen und Sonderaktionen die Rede, die die Gläubigen um letzter, großer Ziele willen zurückstellen sollten. Die Bischöfe werden auch ermahnt, ihre Priester zu besonderer Einfachheit in der Lebensführung zu erziehen.

Dann aber findet sich die präzise Forderung, die Bischöfe sollten "gerade in den nächsten Monaten ihr besonderes Augenmerk der katholischen Schule zuwenden". Das ist, mit anderen Worten, die Parolenausgabe für den Wahlkampf im Bundesgebiet an den Klerus, die Frage der Konfessionsschule stark in den Vordergrund zu stellen. Es ist die Verkündung eines neuen Abschnittes in dem jahrzehntealten Kulturkampf, dessen Mittelpunkt seit je die Schulfrage gewesen ist.

Die Hoffnungen, daß "gerade in den nächsten Monaten" nicht wieder die schädliche und erhitzende Verquickung von Religion und Politik, wie in früheren Wahlkämpfen, in der alten Schärfe Platz greifen werde, sind damit wieder gesunken, denn dieser Aufforderung wird man in weiten Kreisen des Klerus mit großer innerer Bereitwilligkeit und gehorsamstem Eifer nachkommen.

Das ist bedauerlich, denn die Reaktion der Angegriffenen wird nicht ausbleiben und manche erfreulichen Ansätze zu einem besseren Verhältnis auch zwischen katholischer Kirche und SPD scheinen damit recht unerfreulich gehemmt. Fast hat man den Eindruck, als sollten hier "gerade in den nächsten Monaten" Gegensätze verschärft werden, um auf dieser Basis zugkräftigere politische Parolen zu gewinnen, als sie die stark in Mißkredit gekommene Außenpolitik des Bundeskanzlers oder die unsoziale Marktwirtschaft Prof. Ehardts noch liefern können. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Initiative des Vatikans verständlich. Dem inneren Frieden der Bundesrepublik wird sie kaum dienen.

Verantwortlich: Peter Raunau